Nr. 115 / 35. Jahrgang — Freitag, 18. Mai 1928 — Einzelnummer 10 Pfg.

Leipziger Volkszeitung

Wählt vormittags!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage, für einen Monat einschließlich Zeit sowie der Kinder-Beilage 2.– Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post monatlich — Mark ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206 — Postscheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig. Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellengesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Herr Hoetzsch, wer war der dritte Mann?

Graf Westarp im Bunde mit Mussolini und Horthy

Ludo Severin

Unsere Veröffentlichungen vom 16. Mai, die Feststellung der Personalien über die Unterhändler im Café Schottenhaml haben unter den Bewohnern des Reichstagsarbeitszimmers Nr. 40 und in der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Partei zu Berlin lebhafte Aufregung im Gefolge gehabt. Herr Dr. von Kries, der Tischpartner des Major von Renzetti, hat einen besonderen Mitarbeiterstab, der ebenfalls im Reichstagsarbeitszimmer Nr. 40 untergebracht ist. Darunter eine Sekretärin, die gern von sich reden macht und dabei auch über anderes redet, wozu sie wahrscheinlich nicht autorisiert worden ist. Auf diese Weise ist in den Wandelgängen des Reichstages über die Geheimnisse im Arbeitszimmer Nr. 40 so mancherlei bekannt geworden. Die Aufregung der letzten Tage haben aber einen neuen schlüssigen Beweis für die Richtigkeit der Behauptungen dargebracht, die Dr. Stresemann in seiner Kölner Rede machte.

Der Landesverrat der Deutschnationalen wurde nicht nur im Bunde mit dem Vertreter Mussolinis durchgeführt. Der dritte Mann im Skat, der dritte Unterhändler im Café Schottenhaml heißt Ludo Severin. Er ist, soweit wir festzustellen vermochten, der Vertreter der Horthy-Faschisten im Deutschen Reich. Als solcher hat er Beziehungen zu allen Hakenkreuzorganisationen der Republik und als solcher verkehrt er im Arbeitszimmer Nr. 40.

Was ist zwischen Ludo Severin und Herrn Dr. Kries in Gegenwart von Renzetti verhandelt worden? Darüber ist die Deutschnationale Partei den Leipziger Wählern Rechenschaft schuldig. Herr Professor Hoetzsch muß soweit unterrichtet sein, damit er als Fachmann der Außenpolitik in der deutschnationalen Fraktion weiß, welche Ziele dort verfolgt und erstrebt worden sind. Herr Professor Hoetzsch muß sich in Berlin unterrichtet haben, und er muß Auskunft geben können, was zwischen Dr. von Kries und Ludo Severin verhandelt wurde.

Wir kennen die engen Beziehungen zwischen Horthy und Mussolini. Wir wissen, daß Ungarn durch italienische Waffenlieferungen aufgerüstet wird. Hat etwa der Vertreter Horthys in Deutschland, hat der Vertreter der Erwachenden Ungarn in Berlin auch diese Fragen angeschnitten?

Immerhin, Renzetti fungiert als der Präsident der italienischen Handelskammer in Berlin. Inwieweit er als solcher die Vorzüge der Exterritorialität genießt, müßte im Auswärtigen Amte eingehend untersucht und festgestellt werden. Herr Ludo Severin hat zwar ebenfalls enge Beziehungen zu der ungarischen Gesandschaft in Berlin, aber kann er für sich das Recht der Exterritorialität in Anspruch nehmen? Das dürfte kaum anzunehmen sein. Ein ungarischer Paß allein rechtfertigt noch nicht, daß sich ein Horthy-Journalist mit dem Pressechef der Deutschnationalen konspirativ zusammensetzt und in Gegenwart des Mussolinivertreters die außenpolitischen Beziehungen des Reiches zu beeinflussen sucht. Darum werden die Behörden die Treibereien Ludo Severins, des Abgesandten der ungarischen Faschisten eingehend zu beobachten haben.

Was würde wohl einem deutschen Journalisten in Ungarn geschehen, wenn er Unterhandlungen mit den ungarischen Sozialdemokraten führen würde, um die offizielle Außenpolitik Horthys zu durchkreuzen. Er würde für Jahre in den blutgetränkten Gefängnissen der Horthyleute untergehen. Wollen sich aber die deutschen Behörden gefallen lassen, **daß ein Vertreter der ungarischen Faschisten offiziell mit dem Pressechef einer großen, „nationalen" Partei, der Partei der Westarp, Hoetzsch und Loringhoven zusammensetzt, um die Politik des Bürgerblockaußenministers Dr. Stresemanns zu durchkreuzen?** In Italien, wie auch in Horthy-Ungarn würden derartige Personen des Landes verwiesen.

Was macht Dr. Stresemann? Was macht die Deutsche Volkspartei? Was unternimmt das Bürgerblockkabinett gegen das landesverräterische Verhalten der Deutschnationalen. Was sagt insbesondere Herr Professor Hoetzsch über die Geheimnisse, die im Reichstagsarbeitszimmer Nr. 40 und im Café Schottenhaml ausgebrütet werden?

Sollen etwa die siebenbürgischen Deutschen von den Deutschnationalen ebenso verraten werden, wie die Deutschen in Südtirol? Wir warten auf Antwort, Herr Professor Hoetzsch!

Eisenbahner und Reichstagswahlen

Von Hermann Salomon, Frankfurt a. M.

Am 20. Mai sollen die wahlberechtigten Staatsbürger in Deutschland einen neuen Reichstag wählen. Für das Riesenheer der 720 000 Eisenbahnbediensteten sind die Reichstagswahlen von ganz besonderer Bedeutung, da von dem Ausgang der Wahlen, für die Beamten die künftige Gestaltung ihrer Besoldung, der Dienstzeitregelung und ihre Rechtsstellung stark beeinflußt wird und für die Arbeiterschaft der Reichsbahn äußerst wichtige Fragen des Arbeitsrechts, der Lohnfortentwicklung, der Arbeitszeit und des Personalabbaus mit zur Entscheidung stehen.

Für beide Personalgruppen der Reichsbahn stehen aber außerdem noch wichtige gemeinsame Interessen zur Entscheidung. Wir erinnern an das Reichsbahngesetz, an die Personalordnung, an die Rücküberführung von Beamten ins Arbeiterverhältnis und an die seit langer Zeit geplante Schließung großer, alteingesessener Werkstättenbetriebe, ferner an die systematische Verkümmerung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse des Gesamtpersonals durch Dienstdauervorschriften, die sich seit ihrem Bestehen zum schweren Schaden an Leben und Gesundheit des Personals ausgewirkt haben.

Die Dienstdauervorschriften geben der Reichsbahngesellschaft das Machtmittel in die Hand, den Personalen in den einzelnen Dienststellen Dienstpläne aufzuzwingen, die ihnen kaum noch die gesetzlich gewährleisteten Ruhezeiten nach schwerem, aufreibendem Dienst gewähren. Das Personal und seine gesetzlichen Personalvertretungen sind wegen der Rücksichtslosigkeit der Reichsbahngesellschaft, mit der sie ihre Macht auf dem Gebiete der Dienstdauer und Dienstpläne gegenüber dem Personal ausnutzt, gezwungen, in ständigem Kampf mit den Dienststellen-Vorstehern zu stehen, damit sie wenigstens einige Ruhe- und Erholungsstunden für das Personal durchzusetzen vermögen.

Dienstpläne, die eine Dienstdauer bis zu 16 Stunden pro Tag vorsehen, sind in allen Direktionsbezirken keine Seltenheit. Um hier grundlegende Abhilfe herbeizuführen, muß die Reichsbahngesellschaft durch den Reichstag und durch die neuzuwählende Reichsregierung durch Reichsgesetz gezwungen werden, humanere Bestimmungen zu erlassen.

Daß die 320 000 Beamten der Reichsbahn bei der letzten Besoldungsregelung im Dezember 1927 noch schlechter behandelt wurden, als ihre Kollegen im Reichs- und Staatsdienst, und auch die Tätigkeit der Kommunalbeamten besser gewertet und in der Besoldungsneuregelung höher eingeschätzt wurde als der schwere und aufreibende Dienst des größten Teils der Reichsbahnbeamten, ist ein Zustand, der nur beseitigt werden kann, wenn der neu zu wählende Reichstag eine andere Zusammensetzung erhält.

Solange der Verwaltungsrat der Reichsbahn, in ihm sind bekanntlich v. Siemens, v. Borsig, Klöckner und Batocki führend, die öffentliche Kritik des Reichstags nicht zu befürchten hat und eine rechtseingestellte Regierung ihre spärlichen Rechte auf Grund des Reichsbahngesetzes nicht wahrnimmt, werden die führenden Männer der Reichsbahn niemals gewillt sein, den Reichsbahnbeamten auch nur das geringste Entgegenkommen zu beweisen, sondern sie werden nach wie vor in allen Fragen der Besoldung usw., wie auch im Dezember 1927 geschehen, einfach diktieren! Wer sich hiergegen aufbäumt, seinem gerechten Zorn freien Lauf läßt, der bekommt am nächsten Quartalsende keine Korruptionszulage mehr, wird strafversetzt, ins Arbeiterverhältnis zurücküberführt, oder gar pensioniert und entlassen.

Die 420 000 Arbeiter der Reichsbahn haben durch den Einfluß ihrer freigewerkschaftlichen Eisenbahnerorganisation ihr wirtschaftliches und soziales Elend etwas zu mildern vermocht, während die 320 000 Reichsbahnbeamten, infolge ihrer gewerkschaftlichen Zersplitterung und völligen Ohnmacht, in den letzten Jahren harte Schläge über sich ergehen lassen mußten. Aus diesen Verhältnissen können sie sich nur durch Hilfe einer Linksregierung oder durch Erstarkung der republikanischen Parteien befreien. Der Einfluß der republikanischen Parteien muß in dem neuen Reichstag so stark werden, daß die Rückkehr einer reaktionären Bürgerblockregierung völlig ausgeschaltet ist.

Die Arbeiter der Reichsbahn leiden, wie die Beamten, unter dem Reichsbahngesetz und unter der Personalordnung. Die Reparationspflicht der Reichsbahn, mit annähernd einer Milliarde Goldmark pro Jahr, hat ihnen Arbeits- und Lohnbedingungen zudiktiert, die weit hinter denen der Privatindustrie zurückstehen. Die Eisenbahner bringen im Interesse der Reparationsverpflichtungen Deutschlands ganz gewaltige Opfer, die die übrige Arbeiterschaft in dem hohen Maße nicht

Rote Fahne gegen Sächsische Arbeiterzeitung

Die Spitzelgelder der KPD

Wir zitierten dieser Tage eine Rede des linken Kommunisten Bartels, die dieser im Preußischen Landtag gehalten hat und in der er sich mit der Koalitionspolitik der deutschen Kommunisten auseinandersetzte. Er äußerte sich zunächst über die Tatsache, daß die Preußenkoalition nur durch die Hilfe der Kommunisten gestützt und gehalten werden konnte. Dann erklärte er:

„Aber es kommt noch anders! Wir haben den Skandal erleben müssen, daß in Mecklenburg die dortigen kommunistischen Abgeordneten den sogenannten Notetat bewilligt haben (Hört, hört!) zusammen mit den dortigen Regierungsparteien. Wie sieht dieser Notetat aus? Er enthält für die Justiz Mittel in Höhe von 3 188 000 RMk., er enthält für die Polizei, für die Gendarmerie 460 000 Mk., für Ordnungspolizei 2 334 000 Mk., darunter 40 000 Mk. Spitzelgelder. Damit auch die andre Säule dieser Dreieinigkeit des heutigen bürgerlichen Staates nicht zu kurz kommt, wurde auch gleich der Kirche mit 160 000 Mk. gedient und als loyale Bourgeois bewilligte man in Bausch und Bogen gleichzeitig an die abgetakelte Mecklenburger Dynastie die Summe von 51 000 Mk. (Hört, hört!)"

So erklärte der linke Kommunist Bartels auf der Tribüne des Preußenparlaments. In ihrer Nummer vom 15. Mai schreibt die SAZ.: **„Die Kommunisten lehnten diesen Etat ab!"** Was sagt die Rote Fahne? In der Nummer vom 30. Juni 1927 steht, allerdings an völlig versteckter Stelle, das folgende zu lesen:

„Notetat in Mecklenburg. Im Mecklenburger Landtag wurde gestern ein von der SPD beantragter Notetat mit den Stimmen der Demokraten, SPD, KPD und Mieter gegen die Stimme der Brandensteiner angenommen."

Ist etwa die Rote Fahne ein Tochterorgan der Leipziger Volkszeitung? Ist auch die Rote Fahne bereits vom „Verrätergeist" der Sozialdemokraten durchtränkt? Lügt auch das Zentralorgan der Kommunisten?

Wir kondolieren zu dem neuesten Reinfall der Redakteure in der SAZ, obwohl sie alles taten, um vor Losowski nicht als „ängstliche Kommunisten" zu erscheinen.

Uebertritt zur Sozialdemokratie

Die Suhler KPD-Linken kommen zur Mutterpartei zurück

SPD Suhl, 18. Mai. (Radio.)

Eine am Mittwoch in Suhl stattgefundene Kreiskonferenz des Leninbundes, auf der sämtliche 20 Ortsgruppen des Kreises durch 29 Delegierte vertreten waren, beschloß mit 29 Stimmen den Uebertritt zur Sozialdemokratie. Zwecks weiterer Verhandlungen wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern gewählt. Gleichzeitig sollen die Vertreter der Verlagsgesellschaft Volkswille über die Ausgestaltung dieser Zeitung zu einem Organ der SPD des Kreises Schleusingen mit den zuständigen sozialdemokratischen Vertretern verhandeln.

Der Führer der Suhler Linkskommunisten, Guido Heym, erklärte am Schluß der Konferenz, man müsse jetzt offen sprechen. Das Zentralkomitee der KPD habe die Suhler Kommunalpolitik immer als linkssozialdemokratisch erklärt. Jetzt müsse man daraus die Konsequenzen ziehen. Hinein in die SPD und Wahl der Liste 1.

Friedrich Brühne gestorben

SPD Berlin, 18. Mai. (Radio.)

Einer der ältesten Vorkämpfer der Sozialdemokratie, Friedrich Brühne, ist am Donnerstag gestorben. Brühne wurde am 20. August 1855 geboren. Im Jahre 1876 kam der junge Schuhmachermeister zur Partei. Er hat hier in voller Schwere die Schrecken des Sozialistengesetzes und die Grausamkeiten der Bismarckschen Polizei, die an seinem Wohnort Frankfurt a. M. mit besonderer Schärfe gegen die Sozialdemokratie vorging, erlebt.

Von 1898 ab bis zu seinem Tode war Friedrich Brühne Mitglied der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei. Seit 1898 Stadtverordneter in Frankfurt a. M., von 1893 bis 1898 und von 1907 bis 1919 Mitglied des Reichstags. Auch der Nationalversammlung gehörte Brühne an. Mit ihm scheidet einer der Aeltesten von uns, ein Zeuge und Mitarbeiter an dem Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Die Beerdigung von Friedrich Brühne erfolgt am Dienstag in Frankfurt a. M.

Die Kommunisten führen den Kampf nur gegen die Sozialdemokratie. In ihrem blinden Haß gegen die sozialdemokratische Arbeiterpartei vergessen sie den Kampf gegen die bürgerlichen Feinde des Proletariats. Die Millionen Arbeiter, die noch bei jeder Wahl bürgerlich gewählt haben, sollen das weiter tun. Nur ja keine Sozialdemokraten! Gebt den Kommunisten die Antwort: **Wählt Sozialdemokraten** **Liste 1!**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19280518/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG